

Protokoll der Parlamentssitzung

Freitag, 13. Januar 2006, 17.00 - 18.30 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Hofer Niklaus, SVP

Anwesend: Antenen Peter, SP
Arm Alfred, SP
Berlinger Annemarie, SB
Bichsel Bernhard, jfk
Bühler Evelyn, FDP
Burren Christian, SVP
Caminada Ignaz, CVP
Egli Claudia, SP
Fischli Liz, GB
Graber Martin, SP
Gysel Hermann, EVP
Hänni Thomas, FDP
Henggi Harald, FDP
Kohler Hanspeter, FDP
Krebs Daniel, SVP
Lagger Valentin, CVP
Lehmann Stefan, SVP
Mäder Anna, SP
Maibach Urs, GB
Matter Brigitta, SD
Mooser Barbara, FDP
Moser Hans, SVP
Oester Daniel, jfk
Pestalozzi Hansueli, GB
Remund Jan, GFL
Rüegsegger Elisabeth, SVP
Salvisberg Ueli, SVP
Salzmann Christoph, SP
Sidler Rita, SP
Staub Hugo, SP
Staub Stephie, SP
Streiff Marco, EVP
Stucki Mark, FDP
Troxler Elisabeth, SP
Vifian Christian, SP
Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Balz Christian, FDP
Stähli Markus, SVP
Wyss Ursula, GFL

Gemeinderat: Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident
Wilk Urs, FDP, Vizepräsident
Ackermann Judith, FDP
Haudenschield Rita, GB
Sedlmayer Katrin, SP
Streiff Marianne, EVP
Studer Ueli, SVP

Parlamentssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Eröffnung der Legislatur durch den Gemeindepräsidenten / Wahl des Parlamentspräsidiums	2
2. Wahl des Parlamentsbüros (Vizepräsidien und Stimmzählende)	2
3. Protokoll.....	3
4. Wahl der parlamentarischen Kommissionen	4
5. Wahl der Vormundschaftsbehörde.....	7
<i>Verschoben aus der Sitzung vom 19. Dezember 2005:</i>	
17. Motion SVP betr. Konzept zur Verkehrsentslastung der Region Mengestorf-berg <i>Beantwortung 0516; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr</i>	
18. Überparteiliches Postulat Sedlmayer (SP/JUSO) / Zwahlen (EVP) betr. Aufnahmestopp Familienergänzende Kinderbetreuung <i>Beantwortung 0517; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule</i>	
19. Motion SVP betr. Aufhebung der Poller-Lösung an der Landorfstrasse <i>Beantwortung 0519; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr</i>	
6. Verschiedenes	8

1.a Eröffnung der Legislatur durch den Gemeindepräsidenten

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich begrüsse euch zur ersten Sitzung der Legislatur 2006 - 2009. Ich bin ziemlich aufgeregt, hier - ganz kurz - als oberster Könizer das Zepter zu schwingen, denn an der ersten Sitzung einer neuen Legislatur führt jeweils der Gemeindepräsident oder die Gemeindepräsidentin den Vorsitz, bis das neue Parlamentspräsidium gewählt ist. Ich begrüsse alle neuen Parlamentsmitglieder ganz herzlich im Ratsbetrieb. Ich werde somit mein sehr kurzes Intermezzo als höchster Könizer gleich wieder abgeben.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 36 Parlamentsmitgliedern. Herr Ignaz Caminada trifft später ein, so dass schliesslich 37 Parlamentsmitglieder anwesend sind. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Der Vorschlag des Gemeindepräsidenten, als provisorische Stimmenzählende - bis zur Wahl des Parlamentsbüros - die Herren Bernhard Bichsel und Valentin Lagger zu wählen, wird einstimmig gutgeheissen.

1.b Wahl des Parlamentspräsidiums

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Mir fällt die Ehre zu, euch Niklaus Hofer als Präsident des Parlamentes vorzuschlagen. Er übte während des letzten Jahres die Funktion des I. Vizepräsidenten aus.

Einstimmig wird Herr Niklaus Hofer (SVP) zum Parlamentspräsidenten für das Jahr 2006 gewählt. (Applaus)

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich wünsche dir, Niklaus Hofer, alles Gute für das Amt und bin davon überzeugt, dass du deine Arbeit gut machen wirst. Ich wünsche dir dafür das notwendige Geschick und manchmal auch Fingerspitzengefühl und Glück. Selbstverständlich bin ich bereit zu helfen, wenn ich dazu in der Lage bin. Alles Gute und herzliche Gratulation meinerseits.

Antrittsrede des neuen Parlamentspräsidenten

Herr Niklaus Hofer (SVP): Ganz herzlichen Dank für das Vertrauen, das ihr mir entgegen bringt. Es ist für mich eine besondere Ehre, als Landwirt das Parlament von Köniz zu präsidieren. Vor genau 30 Jahren präsierte der letzte Landwirt den - damals noch - Grossen Gemeinderat. Ebenfalls ist es für mich eine grosse Herausforderung, die vielseitig strukturierte Gemeinde Köniz als Parlamentspräsident nach aussen repräsentieren zu dürfen. Ein Ziel von mir ist auch, unsere städtischen und ländliche Teile noch näher zusammen zu führen, denn eine Gemeinde wie Köniz muss gut funktionieren können, und dafür braucht es alle, die "unteren" wie die "oberen". Im Parlament wünsche ich mir eine gute Gesprächskultur, wie ich sie in meinen vier Parlamentsjahren miterleben durfte; dass wir einander zuhören und vor allem eine lösungsorientierte, gute Sachpolitik betreiben. In diesem Sinne erkläre ich Annahme der Wahl.

2. Wahl des Parlamentsbüros (Vizepräsidien und Stimmenzählende)

Wahl der Vizepräsidien

Herr Hermann Gysel (EVP): Im Namen der CVP/EVP-Fraktion schlage ich für das I. Vizepräsidium Ignaz Caminada vor. Er ist noch nicht anwesend, wird jedoch etwas später eintreffen. Für alle, die ihn noch nicht kennen: Er ist Historiker und arbeitet im Bundesamt für Migration in der Sektion Subventionsaufsicht und sitzt seit 9 Jahren im Parlament. Er ist den bisherigen Parlamentsmitgliedern nicht nur als Velofahrer und "Flaschensammler" bekannt, sondern auch als sorgfältiges und umsichtiges Mitglied des Parlamentsbüros.

Einstimmig wird Herr Ignaz Caminada (CVP) - in Abwesenheit - zum I. Vizepräsidenten des Parlamentes für das Jahr 2006 gewählt.

Wahl der Vizepräsidien

Herr Christian Vifian (SP): Die SP-Fraktion schlägt euch als II. Vizepräsidenten Herrn Martin

Graber vor. Er verfügt über Erfahrung, und wir sind überzeugt, dass er dieses Amtes würdig ist.

Einstimmig wird Herr Martin Graber (SP) zum II. Vizepräsidenten des Parlamentes für das Jahr 2006 gewählt.

Wahl der Stimmzählenden

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Ich schlage euch Herrn Jan Remund (GFL) als Stimmzähler vor. Er ist Naturwissenschaftler und kann daher sehr gut mit Zahlen umgehen.

Frau Barbara Mooser (FDP): Ich schlage euch Herrn Harald Henggi (FDP) als Stimmzähler vor.

Herr Christian Vifian (SP): Die SP-Fraktion schlägt Herrn Peter Antenen als Stimmzähler vor. Gemäss Proporzschlüssel hat die SP bei der Besetzung des Parlamentsbüros mit 5 Mitgliedern Anspruch auf zwei Sitze.

Der Parlamentspräsident: Das absolute Mehr beträgt 19 Stimmen.

Mit 31 bzw. 25 Stimmen werden die Herren Harald Henggi (FDP) und Peter Antenen (SP) für das Jahr 2006 als Stimmzählende gewählt. Auf Herrn Jan Remund entfallen 8 Stimmen.

Es folgt eine musikalische Einlage eines Jodlerduettes, bestehend aus den Herren Hansruedi Steiner (Neuenegg) und Daniel Fuchs (Süri-Rosshäusern).

Mitteilungen

Der Parlamentspräsident: Ich gratuliere den neu- und wiedergewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäten herzlich zu ihrer Wahl. Der Gemeinderat hat die Direktionszuteilungen wie folgt vorgenommen:

Präsidual- und Finanzdirektion:	Herr Gemeindepräsident Luc Mentha
Direktion Planung und Verkehr	Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer
Direktion Soziales, Gesundheit und Schule	Herr Gemeinderat Ueli Studer
Direktion Gemeindebauten	Frau Gemeinderätin Judith Ackermann
Direktion Gemeindebetriebe	Herr Gemeinderat Urs Wilk
Polizeidirektion	Frau Gemeinderätin Marianne Streiff
Direktion Bevölkerungsschutz (spätestens ab 1.4.2006)	Direktion Umwelt und Landschaft
	Frau Gemeinderätin Rita Haudenschild

Ferner gratuliere ich Herrn Urs Wilk zur Wahl als Vizepräsident des Gemeinderates herzlich und wünsche ihm alles Gute auch für dieses Amt.

Die Wahlvorschläge für die Vormundschaftsbehörde wurden uns kurz vor der Sitzung zugestellt. Heute wurde ferner eine neue Adressliste verteilt. Ich bitte euch, die Angaben zu überprüfen und allfällige Unstimmigkeiten der Parlamentssekretärin zu melden. Ebenfalls zirkuliert eine Liste mit Unterschriftenmustern, die dem Parlamentssekretariat insbesondere beim elektronischen Erfassen der eingereichten Vorstösse dienen wird. Ich gebe bekannt, dass die heutige Sitzung spätestens um 18.30 Uhr abgebrochen wird, damit wir uns für die Präsidentenfeier in die Aula des Blindenmoos-Schulhauses verschieben können.

3. Protokoll

Die Protokolle der Sitzungen vom 12. und 19. Dezember 2005 werden genehmigt. Sie wurden auch den ausgetretenen Parlamentsmitgliedern zugestellt, mit der Bitte, sich wegen allfälliger Korrekturen bis heute Mittag 12.00 Uhr bei der Parlamentssekretärin zu melden. Es sind keine Meldungen eingetroffen. Ich spreche den für die Protokolle Verantwortlichen an dieser Stelle den besten Dank für deren Verfassung aus; vor allem die beiden letzten Protokolle waren sehr umfangreich.

4. Wahl der parlamentarischen Kommissionen

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Der Parlamentspräsident: Die GPK besteht aus sieben Mitgliedern. Es gilt der neue Proporzschlüssel: EVP 1 Sitz, FDP 2 Sitze, GB 1 Sitz, SP 2 Sitze und SVP 1 Sitz.

Herr Hermann Gysel (EVP): Die CVP/EVP-Fraktion schlägt vor, den Sitz der EVP durch Herrn Valentin Lagger (CVP) zu besetzen. Wir danken gleichzeitig Herrn Rolf Zwahlen (EVP), der bis anhin unsere Fraktion in der GPK vertreten hat, herzlich für den geleisteten Einsatz.

Frau Barbara Mooser (FDP): Wir schlagen Herrn Harald Henggi (FDP, bisher) und Herrn Bernhard Bichsel (jfk) als neues Mitglied der GPK vor. Gleichzeitig schlagen wir Herrn Harald Henggi als Präsidenten der GPK vor.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Das GB schlägt Herrn Urs Maibach vor. Er belegte in der GPK bisher einen Sitz der SP.

Herr Christian Vifian (SP): Die SP-Fraktion schlägt als neue Mitglieder der GPK Frau Stephanie Staub und Herrn Alfred Arm vor.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Wir schlagen Herrn Stefan Lehmann als Mitglied sowie als Vizepräsidenten der GPK vor.

Da nicht mehr als sieben Mitglieder vorgeschlagen wurden, erklärt der Parlamentspräsident die GPK als gewählt.

Zum Präsidenten wird Herr Harald Henggi (FDP) und zum Vizepräsidenten Herr Stefan Lehmann (SVP) gewählt.

Der Präsident der GPK bittet um einen Sitzungsunterbruch, um die Zuständigkeiten für die Direktionen vorzunehmen.

Die Sitzung wird für fünf Minuten unterbrochen.

Der Parlamentspräsident: Die Zuständigkeiten für die vollamtlichen Direktionen wurden wie folgt festgelegt: Herr Harald Henggi (FDP) ist zuständig für die Präsidial- und Finanzdirektion, Herr Alfred Arm (SP) für die Direktion Soziales, Gesundheit und Schule und Herr Stefan Lehmann für die Direktion Planung, Umwelt und Verkehr. Die Zuständigkeiten für die nebenamtlichen Direktionen wird die GPK an ihrer ersten Sitzung bestimmen.

Kommission für soziale Fragen (KSF)

Der Parlamentspräsident: Auch hier wird eine Kommission mit sieben Mitgliedern gewählt, d.h. es gilt derselbe Proporz wie bei der GPK.

Herr Hermann Gysel (EVP): Wir schlagen Herrn Rolf Zwahlen (EVP) als Vertreter der CVP/EVP-Fraktion vor.

Herr Harald Henggi (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion schlägt Frau Evelyn Bühler und Frau Barbara Mooser als Mitglieder der KSF vor.

Herr Christian Vifian (SP): Die SP-Fraktion schlägt die Herren Christoph Salzman und Alfred Arm vor. Weil Herr Arm als GPK-Referent der Direktion SGS bestimmt wurde, ist er von Amtes wegen Mitglied der KSF und muss nicht gewählt werden. Wir schlagen ihn gleichzeitig als Präsidenten dieser Kommission vor.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Die GB/GFL-Fraktion schlägt Frau Ursula Wyss als KSF-Mitglied vor.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Die SVP-Fraktion schlägt Herrn Hans Moser als Mitglied vor.

Weil die Zahl der Vorgeschlagenen der Anzahl zu besetzender Sitze entspricht, erklärt der Parlamentspräsident die Kommission für soziale Fragen als gewählt.

Als Präsident wird Herr Alfred Arm gewählt.

Redaktionskommission

Der Parlamentspräsident: Hier sind fünf Mitglieder zu wählen, d.h. je eine Vertretung der FDP-, SVP- und GB/GFL-Fraktion sowie zwei Vertretungen der SP.

Frau Barbara Mooser (FDP): Wir schlagen Herrn Christian Balz (bisher) vor.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Das GB schlägt Frau Liz Fischli-Giesser als Mitglied der Redaktionskommission vor.

Herr Christian Vifian (SP): In der heutigen Zeit ist es nicht einfach, Personen zu finden, die schreiben können. Wir schlagen Frau Annemarie Berlinger und Frau Rita Sidler vor.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Wir fanden auch eine Person, die schreiben kann, und schlagen Frau Elisabeth Rüeegg vor.

Es wurden nicht mehr als fünf Mitglieder vorgeschlagen, weshalb der Parlamentspräsident die Redaktionskommission als gewählt erklärt.

Herr Christian Vifian (SP): Mein Blick in die SP-Fraktion bewirkte ein zustimmendes Nicken. Ich schlage Frau Annemarie Berlinger als Präsidentin vor.

Frau Annemarie Berlinger wird als Präsidentin der Redaktionskommission gewählt.

Der Parlamentspräsident: Nun ist auch Herr Ignaz Caminada, der vor rund 35 Minuten einstimmig zum I. Vizepräsidenten gewählt worden ist, eingetroffen. Ich gratuliere dir und freue mich, mit dir zusammen im Parlamentsbüro arbeiten zu dürfen. (*Applaus*)

Einbürgerungskommission

Der Parlamentspräsident: Die Einbürgerungskommission besteht aus sieben Mitgliedern.

Herr Peter Antenen (SP): Die Einbürgerungskommission besteht seit 2001 als ständige parlamentarische Kommission mit abschliessender Kompetenz gemäss Reglement über die Einbürgerungskommission vom 19. Januar 2001. Bis anhin waren wenige personelle Wechsel zu vermerken, was vielleicht auch darauf zurückzuführen ist, dass es in dieser Kommission nicht um schwergewichtige politische Entscheide geht, sondern um die Beurteilung von Einbürgerungsgesuchen. Die Kommission erarbeitete sich selber Leitplanken, und die Mitglieder besuchten Weiterbildungskurse beim Kanton, um der Aufgabe gewachsen zu sein. Ihr wisst, dass das Einbürgerungsregime auf Mitte 2006 ändern wird, d.h. der Gemeinderat wird neu verpflichtet, die Einbürgerungsgesuche zu behandeln, womit Parlamente oder Gemeindeversammlungen von diesem Amt enthoben sein werden. Nach Diskussionen in der Einbürgerungskommission kamen wir zum Schluss, es wäre klug, bis Mitte 2006 nichts am Verfahren zu ändern und mit den bisherigen Mitgliedern weiter zu arbeiten, damit eine gewisse Kontinuität gesichert ist. Erst, wenn der Gemeinderat sich sein weiteres Vorgehen überlegt hat, sollten allenfalls notwendige Korrekturen vorgenommen werden. Mit den bisherigen Mitgliedern wären noch eine oder zwei Sitzungen durchzuführen.

Herr Christian Vifian (SP): Nach den Ausführungen von Peter Antenen schlage ich Herrn Peter Antenen, Frau Claudia Egli und Frau Elisabeth Troxler als Mitglieder der Einbürgerungskommission vor und Herrn Peter Antenen zugleich als deren Präsidenten.

Herr Valentin Lagger (CVP): Wir schlagen den bisherigen Amtsinhaber, Herrn Hermann Gysel, vor.

Frau Barbara Mooser (FDP): Als Fraktionspräsidentin muss ich mich selber vorschlagen. Ferner ist mir gesagt worden, Herr Christian Burren von der SVP möchte seine Arbeit in der Einbürgerungskommission nicht weiterführen. Wir schlagen an seiner Stelle Herrn Christian Balz von der FDP-Fraktion vor.

Herr Christian Burren (SVP): Die SVP-Fraktion schlägt das bisherige Mitglied, Herrn Ueli Salvisberg, vor.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Ihr könntet dem Votum von Peter Antenen entnehmen, dass diese Kommission noch für ein halbes Jahr gewählt werden sollte und es Sinn mache, dass die bisherigen Mitglieder verbleiben. Wir wurden von der SP-Fraktion angefragt, ob wir ihr unseren Sitz zur Verfügung stellen würden. Wir tun dies gerne, denn bisher stellte die SP-Fraktion in andern Kommissionen jeweils uns einen Sitz zur Verfügung.

Da nicht mehr als 7 Mitglieder vorgeschlagen sind, erklärt der Parlamentspräsident die Einbürgerungskommission als gewählt.

Herr Peter Antenen (SP) wird als Präsident gewählt.

Ersatzwahlen Kommission K2005 (nichtständige Kommission)

Der Parlamentspräsident: Bei dieser nichtständigen Kommission, die nicht für eine Amtsdauer, sondern für die Dauer der zu erfüllenden Aufgabe eingesetzt wurde, müssen nur die ausscheidenden Mitglieder ersetzt werden. Für diese Kommission existiert auch kein Reglement.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Die GB/GFL-Fraktion befasste sich sehr intensiv mit diesem Geschäft und kam zum Schluss, dass unsere Fraktion mit fünf Parlamentsmitgliedern Anspruch auf einen Sitz in der Kommission K2005 hat. Diese Kommission ist nach unserer Meinung sehr wichtig, denn sie wird die künftige Organisation der Gemeinde wesentlich mitbestimmen. Unser Anspruch auf einen Sitz ist gemäss Art. 42 Abs. 2 der Gemeindeordnung unbestritten. Wir erklären uns aber mit der Auffassung, dass er erst dann geltend gemacht werden kann, wenn ein nicht mehr anspruchsberechtigtes Mitglied freiwillig auf seinen Einsitz verzichtet, nicht einverstanden. Bis jetzt konnte uns niemand erklären, auf welcher Rechtsgrundlage diese Auslegung beruht. Wir kämten die Gemeindeordnung und das Geschäftsreglement des Parlamentes durch und fanden nichts Entsprechendes. Mit Art. 25 Abs. 2 des Geschäftsreglementes wird die Wahl der *anderen Kommissionen* geregelt, und hiezu gehören nach unserer Meinung die nichtständigen Kommissionen. Ich zitiere: "*Die Wahl aller übrigen durch das Parlament zu wählenden Kommissionen erfolgt auf den 1. Februar des ersten Jahres der Legislaturperiode*". Dort steht *Wahl* und nicht *Ersatzwahl*, und in dieser Wortwahl besteht nach unserer Meinung der grosse Unterschied. Wir möchten uns jedoch nicht auf eine juristische Argumentation einlassen, und aus diesem Grund gaben wir dem Parlamentsbüro eine detaillierte schriftliche juristische Begründung ab.

Für uns ist klar, dass die GB/GFL-Fraktion einen Sitz in der Kommission K2005 beansprucht, und zwar ab sofort. Es geht uns um grundsätzliche demokratische Fragen: Die Kommission K2005 geht nun bereits in die dritte Legislaturperiode und ist immer noch gemäss dem Proportionalitätsgebot verletzt, denn wir wollen auch in dieser Frage den Wählerwillen respektieren. Falls wir unseren Sitzanspruch nicht geltend machen können, überlegen wir uns, eine Beschwerde beim Regierungsrat Bern einzureichen. Zu diesem Punkt zitiere ich noch ein Votum von Frau Judith Ackermann (FDP) aus dem Protokoll der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 25. Juni 2001 / Eintretensdebatte betreffend Wahl der Kommission K2000: "Dass die grosse Arbeit unter dem Titel K2000 gelingt, hängt von vielerlei Faktoren ab, der wichtigste dabei ist die Akzeptanz im GGR. Eine klare Voraussetzung hierfür ist eine breite politische Vertretung in der Spezialkommission, schliesslich müssen sämtliche Parteien diese Reform mittragen." Wir können diesem Votum nur zustimmen. Ich möchte nun im Speziellen auf den Auftrag der Kommission zu sprechen kommen: Sie wurde im Juni 2001 eingesetzt, und in der Botschaft steht unter anderem, dass die Arbeiten spätestens Mitte der nächsten Legislatur - Ende 2003 - abgeschlossen sein sollen. Wir haben nun anfangs 2006 und sind der Meinung, das Wort "nichtständig" werde stark strapaziert. Inhaltlich erfüllte die Kommission gewisse Aufgaben wie z.B. die Neuverteilung der Aufgabe des Gemeinderates, worüber wir kürzlich diskutiert haben. Andere Aufgaben sind jedoch noch nicht erfüllt, zum Teil wurde auch die ursprünglich vorgesehene Reihenfolge umgekrempelt. Wir von der GB/GFL-Fraktion sind der Meinung, hier bestehe Handlungsbedarf; der Auftrag und vor allem dessen Dauer - wie es in der Gemeindeordnung gefordert wird - müssen für die Kommission verbindlich festgelegt und vor allem muss der Auftrag neu definiert werden. Auch der Name der Kommission muss wahrscheinlich angepasst werden, denn diese Kommission soll in die Zukunft weisen. Mit all diesen Massnahmen würde die Kommission deutlich an Profil gewinnen. Die GB/GFL-Fraktion stellt deshalb einen Rückweisungsantrag bzw. den Antrag auf Verschiebung der Wahl der Mitglieder der Kommission K2005 auf die nächste Sitzung. Das gibt uns die Möglichkeit, die Aufgaben der Kommission sauber zu definieren, die Dauer des Auftrages festzulegen und die Frage unseres Sitzanspruchs zu klären.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Ich beantrage Sitzungsunterbruch, um in der Fraktion die weiteren Schritte zu besprechen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich möchte mich an sich nicht in dieses Geschäft, bei welchem es um die Wahl einer parlamentarischen Kommission geht, einmischen, und ich kann und will mich nicht zum Richter erheben, gebe jedoch einige Erklärungen ab: Die lang-

jährige Praxis in der Gemeinde war bis anhin, dass eine ständige Kommission gemäss Art. 42 der Gemeindeordnung und Art. 22 bis 25 des Geschäftsreglementes des Parlamentes am Anfang einer Legislatur jeweils nach dem neu geltenden Proporz gewählt wird. Eine nichtständige Kommission - früher als Spezialkommission bezeichnet - wird bei deren Einsetzung nach dem geltenden Proporz gewählt. Eine solche Kommission wurde jeweils für eine bestimmte Aufgabe eingesetzt, aber nicht für eine bestimmte Dauer. Bisher wurden am Anfang einer neuen Legislatur für solche Kommissionen keine Neuwahlen durchgeführt, sondern man ging davon aus, dass die Mitglieder gewählt bleiben, bis die Kommission ihre Aufgaben erfüllt und abgeschlossen hat. Der aktuelle Proporz wurde jeweils dann richtig gestellt, wenn ein Mitglied ausschied und die betroffene Partei keinen Sitzanspruch mehr hatte. Das scheint so richtig zu sein, denn in Art. 22 ff des Geschäftsreglements des Parlamentes wird bei ständigen Kommissionen festgehalten, dass sie am Anfang einer Legislatur gewählt werden, bei nichtständigen Kommissionen ist jedoch in Art. 24 kein entsprechender Hinweis enthalten. Daraus leitete sich die langjährige Praxis ab und wurde letztmals beim Bildungsreglement angewendet, für welches im Dezember 2005 eine Kommission nach altem Proporz eingesetzt wurde, die auch in der neuen Legislatur wirken soll. Die Praxis wurde bis anhin nie ernsthaft bestritten, aber auch nie rechtlich überprüft, und es kann sein, dass sie einer Überprüfung nicht standhält. Bei nichtständigen Kommissionen mit besonders langer Dauer kann das bisherige Vorgehen stossend wirken. Man könnte argumentieren, bei länger dauernden nichtständigen Kommissionen sei vergessen worden, klare Regelungen zu schaffen und die Regeln für ständige Kommissionen hätten zu gelten. Das ist jedoch nicht zwingend, und in diesem Zusammenhang weise ich auch darauf hin, dass das Gemeindegesetz des Kantons in Art. 40 und 45 einen Minderheitenschutz vorgibt. Die Frage, ob der Minderheitenschutz eingehalten ist, vermag ich im Moment nicht abschliessend zu beurteilen. Das Parlament muss über sein Vorgehen entscheiden: Entweder wird das Geschäft mit einem klaren Auftrag zurückgewiesen oder heute erklärt, im Sinne einer Beschlusserweiterung sei zu entscheiden, dass auch nichtständige Kommissionen jeweils am Anfang einer Legislatur nach neuem Proporz zu wählen sind. Den Entscheid darüber muss ich euch überlassen.

Da mehr als 10 Parlamentsmitglieder für einen Sitzungsunterbruch stimmen, wird die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen.

Mit grossem Mehr wird das Geschäft zurückgewiesen und die Wahl der Kommission K2005 bzw. Ersatzwahl einzelner Mitglieder auf die nächste Sitzung verschoben.

Es folgt eine weitere musikalische Einlage der beiden Jodler.

5. Wahl der Vormundschaftsbehörde

Der Parlamentspräsident: Die Vormundschaftsbehörde besteht aus neun Mitgliedern, die Wahlvorschläge liegen schriftlich vor:

Ackermann Kurt, Funkstrasse 97/605, 3084 Wabern (FDP)
Amstutz Roland, Balmholzweg 7, 3145 Niederscherli (SP)
Bont Markus, Brüggbühlstrasse 57, 3172 Niederwangen (EVP)
Bruggisser Andreas, Brüggbühlstrasse 46d, 3172 Niederwangen (SP)
Bussard Gertrud, Kapellenweg 11, 3145 Niederscherli (SVP)
Ruth Urs, Nesslerenweg 48, 3084 Wabern (LdU, Sitzanspruch GB)
Wälchli Nelly, Plattenweg 42, 3098 Schliern (SP)
Vakant (1 Sitz FDP)

Da keine weiteren Vorschläge eintreffen, erklärt der Parlamentspräsident die Vormundschaftsbehörde - mit einer Vakanz - als gewählt.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP), Vorsteher der Direktion Soziales, Gesundheit und Schule, führt von Amtes wegen den Vorsitz in dieser Behörde und muss nicht gewählt werden.

Der Parlamentspräsident: Die drei bereits aus der Sitzung vom 19. Dezember auf heute verschobenen Geschäfte Nrn 17, 18 und 19 werden für die Sitzung vom 13. Februar 2006 traktandiert.

6. Verschiedenes

Der Parlamentspräsident: Folgender Vorstoss wurde eingereicht:

0601 Dringliche Interpellation "Grüne Köniz" (GB) betr. „Hochsicherheitslabor“.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Ich rege an, das Geschäft Nr. 18 betr. Aufnahmestopp Familienergänzende Kinderbetreuung noch zu behandeln. Wir haben zwei Zuschauerinnen, die bereits mehrmals vergeblich wegen dieses Geschäftes an Parlamentssitzungen anwesend waren, und ich könnte am nächsten Montag leider nicht an einer Parlamentssitzung teilnehmen.

Der Parlamentspräsident: Am nächsten Montag findet keine Sitzung statt, die Geschäfte werden auf den 13. Februar verschoben.

Herr Valentin Lagger (CVP): Mit grossem Interesse las ich im "Bund" vom 28. Dezember 2005 den Artikel betreffend Teuerungsausgleich für das Personal der Gemeindeverwaltung Köniz. Ich bin dankbar, dass "Bund" und "BZ" das Communiqué der CVP Köniz als Leserbrief veröffentlichten. Einige Anmerkungen zu dieser Angelegenheit. Grundsätzlich - das sei festgehalten - haben wir überhaupt nichts dagegen, wenn die Teuerung ausgeglichen und das Personal angemessen entlohnt wird; dafür soll man sich einsetzen, wenn immer es möglich ist. In diesem Sinn sind mein Votum hier und das Zeitungs-Communiqué nicht als Angriff auf das Gemeindepersonal zu verstehen. Im Artikel im "Bund" steht, das zusätzliche halbe Prozent koste nicht 720'000 Franken, sondern 400'000 Franken. Falls dem so ist, enthalten höchst wahrscheinlich die Angaben im Budget einen Tippfehler, denn dort steht, Teuerung und Beförderungen würden zusammen 920'000 Franken ausmachen, wobei für Beförderungen 200'000 Franken eingerechnet seien. Rechne ich nach, bleiben für den Teuerungsausgleich 720'000 Franken. Weiter steht, zum Zeitpunkt der Budgetierung sei die definitive Teuerung noch nicht bekannt gewesen, man sei von einer Prognose von 0,5 Prozent ausgegangen. Ich arbeite sehr nahe mit jener Person im seco zusammen, welche für die Wirtschaftsprognosen verantwortlich ist, und bereits die erste Prognose von 2005 ging von einer Teuerung von rund 1 bis 1,2 Prozent aus. Die Behauptung, die Teuerung sei zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt gewesen, kann ich nicht nachvollziehen. Auch wurde erklärt, die Gemeinde könne die Teuerung nur dann nicht ausgleichen, wenn die finanzielle Situation angespannt sei. Uns wurde im Dezember mitgeteilt, für 2005 sehe die Hochrechnung ein Defizit von 1,5 Millionen Franken vor. Der bis 2009 abzutragende Bilanzfehlbetrag beträgt immer noch rund 6,5 Millionen Franken, und wir wissen alle, dass unsere finanzielle Situation noch schlechter aussehen wird, denn das Budget sieht nach wie vor Einnahmen aus Landverkäufen und Neubewertungen vor. Wir haben - wie bereits mehrmals gehört - explodierende Transferzahlungen zu tätigen usw. Nach meiner Meinung ist dies die Definition einer angespannten finanziellen Situation.

Eine Mehrheit der CVP/EVP-Fraktion hält daran fest, dass das Parlament - ob bewusst oder nicht - auf eine gewisse Art und Weise in die Irre geführt wurde, in dem Sinn, dass der Entscheid zum Budget aufgrund von Grundlagen gefällt wurde, die sich zehn Tage später als nicht richtig erwiesen. Das - wir halten es explizit fest - ist für ein Parlament nicht akzeptabel. Man stelle sich vor, was geschehen würde, wenn der Bundesrat nach einem Entscheid der eidgenössischen Räte, die Zulagen für das Personal um ein halbes Prozent zu kürzen, diese trotzdem voll ausschütten würde. Ich füge noch an: Ich bin Mitarbeiter der Bundesverwaltung und kenne den Ausdruck Teuerungszulage nur noch vom Hörensagen, in der Bundesverwaltung wird keine Teuerungszulage mehr ausbezahlt und alle anderen Zulagen werden momentan gekürzt. Der Bundesrat als Exekutivorgan der Bundesverwaltung kann sich sicher nicht über einen Entscheid des eidgenössischen Parlamentes hinweg setzen. In diesem Sinn halte ich nochmals fest, dass wir mit dieser Art des Vorgehens und des Umganges mit der Legislative nicht einverstanden sind, und wir rufen den Gemeinderat dazu auf, gemeinsam mit dem Parlament die absolut und dringend notwendigen Massnahmen zur Sanierung des Finanzhaushaltes anzugehen.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich schlage in dieselbe Kerbe: Beim Lesen dieses Artikels in den Medien wurde mir bewusst, dass wir Parlamentsmitglieder nicht Ernst genommen werden. Das Parlament stimmte anlässlich der Budgetdebatte ausdrücklich einem Teuerungsausgleich von 0,5 Prozent zu, und ein paar Tage später war zu lesen, dass nun doch 1 Prozent Teuerung ausbezahlt werde. Das verstehe ich nicht, und ich bitte den Gemeinderat, mir zu erklä-

ren, weshalb von 720'000 Franken gesprochen wird, denn ich komme auf ein anderes Resultat. Das Argument, in der Privatwirtschaft werde die Teuerung ausgeglichen, ist nicht richtig; die Teuerung wird nur in jenen Firmen ausgeglichen, welche Gewinn erwirtschaften. Bei meiner Arbeitgeberin gibt es keinen Teuerungsausgleich, und seit drei Jahren herrscht Lohnstopp. Die Gemeinde Köniz ist im Moment nicht in der finanziellen Lage, die Teuerung voll auszugleichen, die Transferzahlungen reissen grosse Löcher in die Kasse usw. Ich mache den Gemeinderat auf folgendes aufmerksam: Das Parlament sagte im Dezember vor allem Ja zur Abtragung des Bilanzfehlbetrages um 178'000 Franken. Ich bitte den Gemeinderat, diesen Entscheid zu berücksichtigen.

Frau Stephanie Staub (SP): Ich habe kein lohntechnisches, sondern ein platztechnisches Problem. Frau Katrin Sedlmayer machte als Parlamentsmitglied mehrmals den Vorschlag, die SP bei der Platzverteilung für das neue Parlament - aus wärmetechnischen und Übersichtsgründen - nach hinten rutschen zu lassen. Ich stelle den Antrag, die hinteren zwei mit den vorderen zwei Reihen auszutauschen.

Herr Peter Antenen (SP): Die Gemeinde Köniz verfügt über attraktive Naherholungsgebiete, in denen sich täglich Jogger, Wanderer usw. tummeln. Wir alle konnten den Medien entnehmen, dass ein sechsjähriger Knabe von aggressiven Hunden zu Tode gebissen wurde. In diesem Zusammenhang ging ein Aufschrei durchs ganze Land, solche gefährlichen Hunde seien speziell sicher zu halten. Der Presse konnte ich entnehmen, dass im Kanton Bern dafür die Gemeinden verantwortlich seien, und weiter, dass in einer Gemeinde Hunde in der Nähe von Schulhäusern an der Leine geführt werden oder unter Umständen sogar einen Maulkorb tragen müssen. Ich frage mich nun, wie die Gemeinde Köniz damit umgeht. Wurden im Gemeinderat dahingehende Überlegungen angestellt? Hat es bereits Vorfälle gegeben? Gedenkt man, etwas zu tun oder wird ein Vorgehen als nicht nötig empfunden?

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich nehme kurz Stellung zu den beiden Voten betreffend Teuerungsausgleich: Ich bin froh darüber, dass Valentin Lager an sich die Ausrichtung des Teuerungsausgleiches befürwortet. Wir werden unserem Personal in den nächsten Jahren viel zumuten müssen; wir haben ein Sanierungspaket zu schnüren und in diesem Zusammenhang war es für den Gemeinderat wichtig, ein gutes Signal zu senden, nachdem die Teuerung während Jahren nicht mehr voll ausgeglichen werden konnte. Im Personalreglement spricht eine Bestimmung von "Ausnahmesituationen", in welchen auf den Ausgleich der Teuerung verzichtet werden kann. Wenn man sich auch die Aussage vor Augen führt, dass gewisse Parteien bereits davon sprechen, nach der Bereinigung des Bilanzfehlbetrages sei eine Steuersenkung ins Auge zu fassen, ist klar, dass wir mit einer solchen Ausgangssituation nie mehr einen Teuerungsausgleich ausrichten könnten und die "Ausnahmesituation" zur Regel erklären müssten. Wir haben Prognosen betreffend Teuerung immer in unseren Entscheid miteinbezogen, und ich erklärte, dass wir von Mitte Jahr bis Oktober einen Teuerungsverlauf von unter einem halben Prozent hatten. Bei der Erstellung der Budgetvorlage für das Parlament war es nach unserer Auffassung gerechtfertigt, für den Teuerungsausgleich ein halbes Prozent einzusetzen. Anlässlich der Budgetdebatte erklärte ich aber, der Gemeinderat werde seine Kompetenzen im Zusammenhang mit dem Personal wahrnehmen. Ich habe volles Verständnis dafür, wenn im Zusammenhang mit der Sanierung des Finanzhaushaltes an die Vernunft appelliert wird, denn auch dem Gemeinderat ist die Sanierung Ernst. Man spricht aber in anderen Zusammenhängen von der Realisierung einer Ballsporthalle, von der Umsetzung von K2005 usw. Das ist alles nicht zum Nulltarif zu haben, auch dies an die Adresse der beiden Votanten betreffend Teuerungsausgleich, die sich hier nur im Interesse der Sanierung des Finanzhaushaltes äussern und anderes nicht erwähnen. Der Gemeinderat hat die Situation bei der Fällung des Entscheides erkannt und den Auftrag erteilt zu prüfen, ob das Lohnreglement so geändert werden könnte, dass im Budget der Teuerungssatz, der jeweils Mitte Jahr bekannt ist, berücksichtigt werden kann, und nicht mehr jener vom November massgebend ist. Damit kann das "Kriegsbeil" wieder begraben und zur Tagesordnung übergegangen werden.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Luc Mentha, das "Kriegsbeil" ist noch nicht begraben, du hast meine Frage zu den 400'000 Franken noch nicht beantwortet.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich kann erklären, dass ein halbes Prozent tatsächlich 400'000 Franken ausmacht; die 200'000 Franken sind eine rechnerische Grösse, die wir den Abteilungen als Vorgabe für Beförderungen zuteilen. Dahinter verstecken sich aber Fol-

gekosten, welche in dieser rechnerischen Grösse nicht berücksichtigt sind, weil durch Beförderungen gewisse Einkäufe in die Pensionskasse ausgelöst werden. Diese Angelegenheit ist sehr technisch, aber ich dokumentiere euch gerne schriftlich darüber.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Zum Votum von Peter Antenen: Anzeigen wegen Hunden, die von ihren Haltern nicht unter Kontrolle gehalten werden können, treffen bei der Polizeiabteilung ein, und auf diese hin wird die Polizei aktiv. Es kam auch bereits zu Verfügungen, und Hunde mussten sogar eingeschläfert werden. Wir reagieren dort, wo wir wissen, dass Hunde nicht unter der Kontrolle ihrer Halter sind, aber nur auf Anzeigen hin. Über die Hundehaltung generell wurde im Gemeinderat noch nicht diskutiert.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich informiere, dass der "Rosstall" auf dem Schlossareal seit längerer Zeit in einem baulich schlechten Zustand ist und aus Sicherheitsgründen der Zugang nun mit Gittern abgesperrt werden musste. Der Gemeinderat wird über das weitere Vorgehen betreffend Rosstall beraten.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Diese Woche konnte dem "Bund" entnommen werden, dass die Verkehrsabteilung an der Wabersackerstrasse den Zubringer "illegal" errichtete. Ich beruhige euch: Die Bewilligung des Regierungsstatthalters ist eingetroffen.

Der Parlamentspräsident: Die Fraktionen wollen bitte dem Parlamentssekretariat ihre Präsidien melden, sofern dies nicht bereit geschehen ist.

Ich lade euch nun ein, euch zur Präsidentenfeier nach Schliern, in die Aula des Blindenmooschulhauses, zu verschieben. Die nächste Sitzung findet am 13. Februar um 19.00 statt.

Schluss der Sitzung 18.30 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Der Präsident

Die Sekretärin

Niklaus Hofer

Elisabeth Zürcher